M4.4 DIE SPD: VOM SOZIALISTENGESETZ ZUR PARTEI DER MASSEN

*Die Industrialisierung veränderte das Leben der Menschen. Städtischer Wohnraum war knapp, die Löhne niedrig, Arbeitsschutz und politische Mitbestimmung waren kaum vorhanden. Die Arbeiter*innen erkannten, dass sie sich organisieren mussten, um etwas zu verändern. So entstand die Arbeiter*innenbewegung. Sie machte den Ersten Mai zum „Feiertag der Arbeiter", an dem sie ihre Art zu leben und ihre Organisationen feierte und für bessere Lebensbedingungen und politische Mitbestimmung kämpfte. Er ist bis heute ein Feiertag. Doch: „Ist der Erste Mai mehr* als nur ein arbeitsfreier Tag?"

Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 brach eine neue Zeit für die sozialdemokratische Bewegung an. Die Mitgliederzahlen der Partei stiegen rasch und die SAP gab sich auf ihrem Erfurter Parteitag 1891 einen neuen Namen, der bis heute gilt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Bei den Reichstagswahlen von 1890 erreichte die SPD ein beachtliches Ergebnis von rund 20 Prozent der Wählerstimmen. Die Partei zählte ungefähr 100.000 Mitglieder. Doch war ihre Beliebtheit je nach Region und Beruf unterschiedlich: Während sie in evangelischen Industrieregionen mit handwerklicher Prägung durchaus stark war, erreichte sie die Arbeiter*innen in der Landwirtschaft nur schlecht. Auch im Bergbau, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Textilbranche war die SPD anfangs nur schwach vertreten. Frauen konnten bis 1908 nicht Parteimitglied werden. Zwar stiegen die Mitgliederzahlen bis 1914 auf etwa 1,1 Millionen, das Ziel, bei Wahlen über 50 Prozent der Wählerschaft für sich zu gewinnen, blieb jedoch unerreicht. Durch die Unterstützung der Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet gelang es der Partei, dort mehr Anhänger zu gewinnen. Trotzdem standen weiterhin nur wenige der dortigen Arbeiter*innen der SPD nahe.

Die SPD fand keine Verbündeten im Parlament des Deutschen Reiches, dem Reichstag. Die anderen Parteien sahen in der SPD eine staatsfeindliche, revolutionäre Partei und waren nicht bereit, irgendwelche Bündnisse mit ihr einzugehen. Vielmehr kam es zu Zusammenschlüssen gegen sie. So blieb ihr Einfluss trotz überragender Ergebnisse bei der Reichstagswahl 1912, bei der ungefähr 35% der Wähler für die SPD stimmten, begrenzt.

Die unterschiedlichen Parteiorganisationen und die Nähe der SPD zu den Gewerkschaften ermöglichten es, immer mehr Menschen für die Partei zu gewinnen und bereits vorhandene Mitglieder zu binden. So verfügte die SPD über mehrere Parteizeitungen und Bildungsorganisationen. Sie stand vielen verschiedenen Vereinen der Arbeiter*innenkultur nahe.

Das damalige Parteiprogramm erinnerte in seiner Ausrichtung an das der Vorgängerpartei SAP: Es war einerseits marxistisch geprägt und forderte die Revolution. Andererseits sprach es konkrete Probleme der Arbeiterschaft an, die durch Reformen verbessert werden sollten. Diese beiden Seiten des Parteiprogramms wurden immer wieder Anlass für innerparteiliche Streitigkeiten. So mancher sah in dem Programm einen entscheidenden Widerspruch: Einerseits verschrieb man sich der marxistischen Ideologie, die die Abschaffung des kapitalistischen Systems als Ergebnis des Klassenkampfes für unausweichlich hielt. Andererseits be-

schloss man Reformen, die das bestehende System zwar zu verändern, aber nicht zu überwinden im Stande waren.

Dieser Konflikt war nicht der eigentliche Grund für die Spaltung der SPD im Kriegsjahr 1916, sondern die Frage, ob im Reichstag zusätzliche finanzielle Mittel für den Krieg verabschiedet werden sollten. Während die SPD 1914, zu Kriegsbeginn, noch geschlossen für Kriegskredite stimmte, wichen im weiteren Verlauf des Ersten Weltkriegs einige Parteimitglieder von diesem Beschluss ab und stimmten gegen weitere Kredite. Der Bruch in der Partei führte schließlich 1917 zur Abspaltung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ (USPD) von der SPD. Nach Kriegsende 1918 und der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November, die mit Friedrich Ebert einen Sozialdemokraten zu ihrem ersten Reichskanzler machte, arbeiteten beide sozialdemokratischen Parteien im neugebildeten „Rat der Volksbeauftragten“ zunächst wieder zusammen. Doch spätestens mit der Gründung der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) im Januar 1919 gab es keinen Weg mehr zurück. Die kommunistisch orientierten USPD-Mitglieder schlossen sich der KPD an, während die übrigen zur SPD zurückkehrten.

Text nach: Faulenbach, Bernd: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München, 2012. S. 21-37.